Wider irrige Berufstitel

SCHNEIDER-AMMANN

Der Bildungsminister Johann Schneider-Ammann bricht im Interview eine Lanze für die Berufslehre. Doch bei den Berufstiteln bleibt er hart.

Wer eine Berufslehre anpackt, kann nicht falschliegen. Diese Botschaft sendet Bundesrat Johann-Schneider-Ammann zwei Wochen vor dem Start der ersten Schweizer Berufsmeisterschaften Swiss Skills aus. Berufspraktische Titel sollen jedoch nicht an akademische angeglichen werden. Der Unterschied müsse sichtbar bleiben, da auch andere Kompetenzen dahintersteckten, pariert der Bildungsminister im Interview Kritik von Berufsbildnern. Wichtiger ist ihm Klarheit: Wenn nachvollziehbar sei, was Absolventen konkret könnten, verbesserten sich deren Chancen auf dem internationalen Stellenmarkt, ist er überzeugt.

In gutem Zustand sieht der Volkswirtschaftsminister die Schweizer Wirtschaft. Er hält es nicht für verwerflich, wenn diese vom russischen Boykott gegen EU-Agrarprodukte profitiert: «Das ist Markt», sagt er. Sollte die Ukraine-Krise sich aber in die Länge ziehen, werde auch die Schweiz zu den Verlierern zählen. Bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative will er kein Geschirr zerschlagen. Dass man eine Lösung innerhalb der bilateralen Verträge finde, sagt er, sei auch im Interesse der EU. *bw/cab*

SEITE 10 + 11

Berner Zeitung, 1.3.2014

«Wer eine Berufslehre macht, wird nie

Berner Zeitung, 1.9.2014

MONTAGSINTERVIEW

Bundesrat Johann Schneider-Ammann erläutert, warum mehr Geld für die Berufsbildung auch ein Mittel gegen den Mangel an Fachkräften ist. Und er sagt, weshalb die Schweiz weiter Agrarprodukte nach Russland exportiert.

Sie haben Ihre Russland-Reise verschoben und wollen sie erst antreten, wenn sich die Ukraine-Krise beruhigt hat. Heisst das, Sie warten, bis die Krim wieder in der Hand der Ukraine ist?

Johann Schneider-Ammann: Meine Reise wird dann stattfinden, wenn es wieder möglich ist, über ganz konkrete Aspekte wie den Freihandel zu diskutieren. Bevor ich die Reise verschoben habe, hatte ich ein langes Telefongespräch mit dem russischen Wirtschaftsminister geführt. Es war mir wichtig, zu erklären, dass wir die Beziehungen aufrechterhalten wollen, dass aber die Voraussetzungen für die Reise im Moment nicht günstig sind. Die russische Seite hat der Schweiz für ihren eigenständigen Weg einen gewissen Respekt gezollt.

Schweizer Unternehmen dürfen EU-Sanktionen nicht umgehen. Drohen ihnen Einbussen?

Wir wollen nicht, dass Schweizer Unternehmen langjährige Geschäftsbeziehungen nach Russland kappen müssen und dann die internationale Konkurrenz profitiert. Deshalb schauen wir genau hin: Güter, die sowohl militärisch als auch zivil genutzt werden können, verfolgen wir bis zum Endabnehmer. Je nachdem erlaubt oder verbietet die interdepartementale Kommission eine Lieferung. Wie gross die Einbussen sein werden, lässt sich derzeit nicht sagen.

> «Bevor ich die Reise nach Russland verschoben habe, hatte ich ein langes Telefongespräch mit dem Wirtschaftsminister geführt.»

Russland verweigert die Einfuhr von Agrarprodukten aus der EU. Darf die Schweiz nun mehr Käse nach Russland liefern und so vom Einfuhrstopp profitieren?

Produkte mit Ursprungszeugnis Schweiz dürfen unsere Produzenten und Händler liefern. Auch mehr als heute, das ist Markt. Nicht zulässig ist aber, Landwirtschaftsprodukte aus der EU über die Schweiz nach Russland weiterzuverkaufen.

Auf die nun verschärften Massnahmen der Schweiz reagiert Russland verärgert. Befürchten Sie, dass bald auch Schweizer Produkte boykottiert werden?

Es gibt momentan keinen Grund dazu.

Die politische Ausgangslage für die Schweizer Wirtschaft im europäischen Umfeld ist momentan schwierig. Welches ist das grösste Problem?

Vorweg: Die wirtschaftliche Ausgangslage ist gut! Wir haben beim Bruttoinlandprodukt ein Wachstum von rund zwei Prozent und quasi Vollbeschäftigung. Fakt ist aber: Beim Import hängen wir zu zwei Dritteln und beim Export zu drei Vierteln von der EU ab. Wie gut es uns geht, ist also abhängig davon, wie gesund die deutsche, die französische und die italienische Volkswirtschaft sind. Und da gibt es schon Herausforderungen. Wenn die Instabilität in Europa aufgrund der Ukraine-Krise anhält, wird dies der europäischen Wirtschaft schaden, und wir werden die Folgen spüren. Hinzu kommt, dass die europäischen Länder nach wie vor mit strukturellen Schwierigkeiten kämpfen. Die Arbeitslosigkeit etwa ist ein enormes Problem.

Wir dachten, Sie erwähnen die Folgen der Masseneinwanderungsinitiative der SVP.

Da denken Sie schon richtig, das ist eine gewaltige Herausforderung für uns alle.

Wie geht es dort weiter?

Der Bundesrat hat den Auftrag, den Volkswillen und damit den Verfassungsartikel umzusetzen. Wir suchen eine Lösung mit Kontingenten. Per Ende Jahr werden wir ein entsprechendes Gesetz in die Vernehmlassung schicken. Parallel dazu laufen mit der EU Verhandlungen in verschiedenen Bereichen, darunter in den institutionellen Fragen.

Die EU akzeptiert Kontingente nicht. Ist eine Volksabstimmung nötig, ob wir die bilateralen Verträge aufs Spiel setzen sollen?

Der Bundesrat hat zwei Ziele. Das eine ist die Umsetzung des Volkswillens, also die Zuwanderung eigenständig zu steuern. Das zweite Ziel lautet, die bilateralen Verträge nicht zu gefährden. Da sind wir bei der Quadratur des Kreises angelangt. Wir gehen pragmatisch voran, Schritt für Schritt. Wir sind hochgradig daran interessiert, den massgeschneiderten Zugang zum europäischen Markt mit 500 Millionen Konsumenten zu behalten. Doch auch die EU ist an einer Lösung interessiert. Denn die Schweiz ist ihr viertwichtigster Handelspartner, ihr zweitwichtigster Investor. Mit der Schweiz erwirtschaftet sie einen Handelsbilanzüberschuss von rund 20 Milliarden Franken.

Was heisst das nun: Braucht es einen zweiten Volksentscheid?

Darüber kann und will ich nicht spekulieren.

Die Schweiz befürchtet als Folge der Abstimmung mittelfristig einen Mangel an Fachkräften.

Seit dem Ja vom 9. Februar arbeiten wir noch intensiver an Vorschlägen, wie wir das inländische Potenzial besser nutzen können. Ich werde dem Bundesrat im September einen erweiterten Vorschlag machen, wie wir einem Fachkräftemangel vorbeugen können: Im Vordergrund stehen bislang die vier Themen Bildung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Beschäftigung bis zur Pensionierung und darüber hinaus sowie Innovationsförderung.

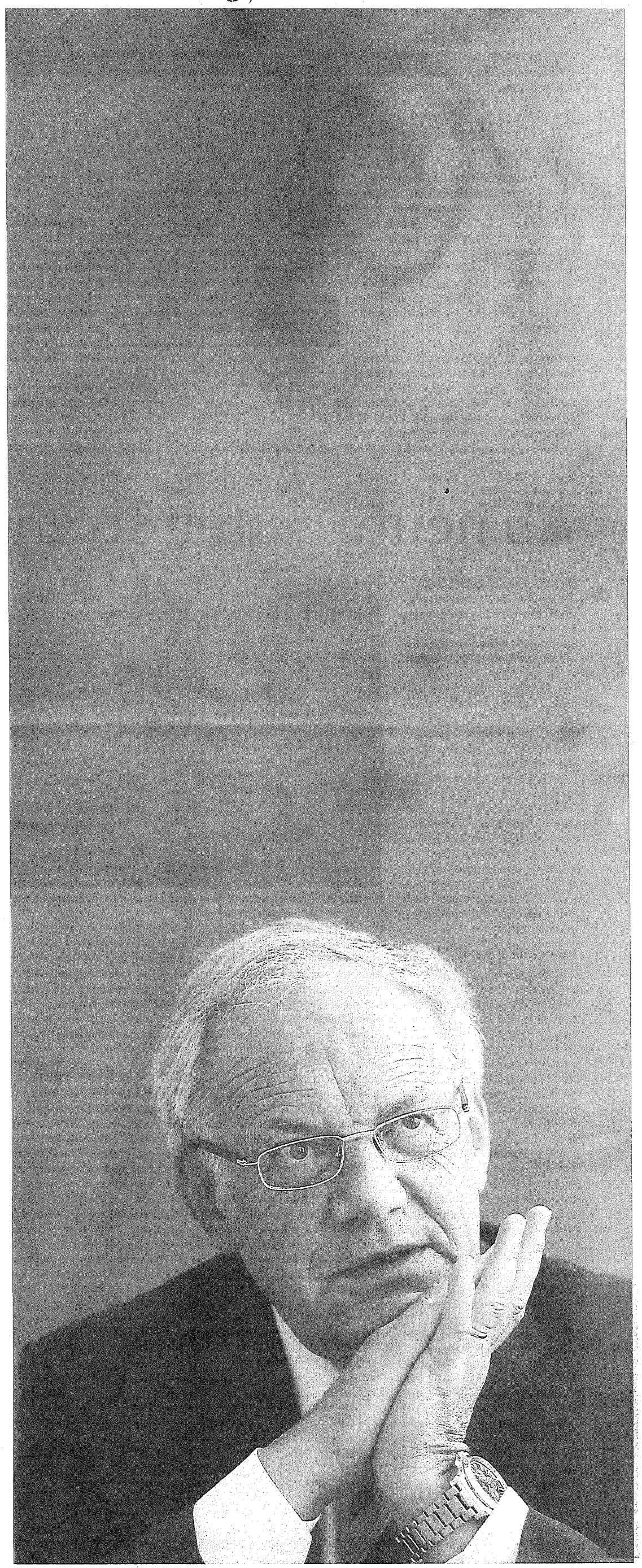
In der Schweiz fehlen Informatiker und Ingenieure, dafür gibt es viele Geisteswissenschaftler. Müsste man die Ausbildung steuern und die freie Berufswahl aufgeben?

Nein, zweifellos nicht. Jeder und jede muss seine berufliche Ausbildung selbst bestimmen können. Geistes- und Sozialwissenschaftler finden übrigens genauso gut in den Arbeitsmarkt wie Naturwissenschaftler. Nach drei Jahren haben 98 Prozent von ihnen eine Stelle. Aber es stimmt: Man hört vor allem den Ruf, dass technische und naturwissenschaftliche Berufe gefördert werden müssen. Für uns gehören übrigens nicht nur die akademischen, sondern auch die Lehrberufe dazu.

Ist die Maturaquote zu hoch?

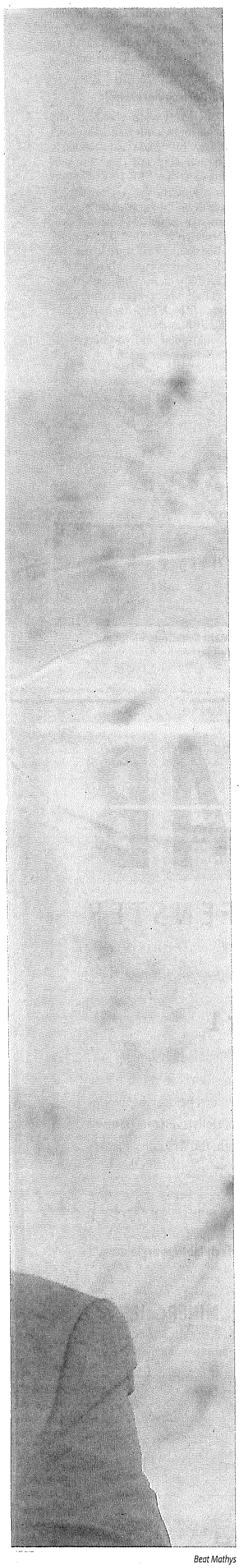
Ich wehre mich grundsätzlich gegen jede Quotendiskussion. Die gymnasiale Maturität und die Berufsmaturität machen zusammen über 30 Prozent aus. Wir haben offensichtlich einen guten Mix zwischen allgemein und beruflich Gebildeten, denn beide Seiten finden Arbeit.

Sie streben das weltbeste Bildungssystem an. Wo stehen wir?



Bildungsminister Johann Schneider-Ammann stellt in diesem Jahr die Berufsbildung ins Zentrum.

stranden»



Beat Mathys

Wir haben das Ziel schon fast erreicht. Denn wir haben ein duales System mit allgemeiner und beruflicher Bildung, die Wege sind gleichwertig, aber andersartig. Auf der Berufsbildungsseite gibt es ebenfalls eine Dualität, nämlich jene zwischen der Praxis in den Unternehmen und der Theorie an den Berufsfachschulen. Ein grosses Plus ist die Durchlässigkeit. Wer als Lernender ins Berufssystem einsteigt, kann später via Berufsmatur an die Fachhochschule und mit Zusatzprüfung sogar an eine Universität oder ETH. Man kann in unserem System keinen Einstiegsfehler machen. Wer eine Berufslehre macht, wird nie stranden. Man hat immer die Chance, am richtigen Ort anzukommen.

Trotzdem haben jene, welche die Berufsbildung stemmen, das Gefühl, sie kämen zu kurz.

Im internationalen Kontext mag der Eindruck entstehen, nur wer einen Bachelor oder einen Master anvisiere, sei auf dem richtigen Lebenspfad. Das ist von mir aus gesehen falsch. Meine Tochter absolvierte eine Berufslehre und besuchte dann eine Fachhochschule. Sie fand das, was für sie stimmt. Der Vater ist stolz darauf. Wir widmen dieses Jahr der Berufsbildung, um der Öffentlichkeit zu vermitteln, dass diese wichtig ist. Ohne die Berufsbildung wäre die Schweiz nicht so wettbewerbsfähig, und es gäbe mehr Arbeitslose. Sie ist ein Trumpf gegenüber dem Ausland.

Sie selber entschieden sich aber für den akademischen Bildungsweg. Aus Prestigegründen?

Nein. Das ist eine längere Geschichte. Mein Herzenswunsch war einst, Bergführer oder Zimmermann zu werden. Mein Umfeld bestimmte aber massgeblich mit. Auch die damals noch geringere Durchlässigkeit spielte eine Rolle. Ich schloss dann die Matura ab und wurde Elektroingenieur. Das habe ich nie bereut. Mir war aber stets wichtig, den Bodenkontakt nicht zu verlieren. Auch ein Ingenieur muss eine Glühbirne einschrauben können.

Was blieb vom Traum übrig?

Das Bergsteigen betrieb ich als Hobby. Als wir eine Familie gründeten, wurden die Touren sporadischer. Heute wandere ich gerne, wenn ich es einrichten kann.

Der Bundesrat will die höhere Berufsbildung mit jährlich 60 bis 100 Millionen Franken zusätzlich unterstützen. Die bisher günstige berufspraktische Ausbildung wird für den Staat immer teurer.

Das Endergebnis muss stimmen. Wenn die Berufsbildung attraktiv bleiben soll, braucht es Karrieremöglichkeiten. Diese dürfen nicht am Geld scheitern, deshalb engagiert sich der Bund mit zusätzlichen finanziellen Mitteln. Er geht aber davon aus, dass sich nun weder die Kantone noch die Unternehmen zurücknehmen. Als ich noch selber ein Unternehmen führte, war für mich selbstverständlich, dass die Firma bei weiterführenden Ausbildungen mit Know-how und Geld aushalf.

Was hat die Firma davon?

Die Ammann Group stellte zu meiner Zeit pro Jahr 30 Lernende ein. Ein Drittel blieb nach dem Abschluss im Betrieb, ein Drittel ging, und ein Drittel ging zwar auch, kam aber später als Kader zurück. Die Firma bildet also den Grundstock ihrer Belegschaft und einen guten Teil ihrer Kaderangestellten aus. Sie sichert sich mit dieser Investition nichts anderes als ihre eigene Zukunft. Unser System ist deswegen so stark, weil die Unternehmen freiwillig mitmachen. Sie bilden nahe am Markt aus und nicht irgendeinen Mechaniker, der am Ende nicht ins Unternehmen passt.

Sie wollen die Abschlüsse vergleichbar machen und stufen nun innert dreier Jahre 730 Berufe neu ein. Ist das nötig?

Es geht darum, dass eine Personalabteilung auf einen Blick erkennen kann, wer welche Qualifikationen mitbringt. Diesem Zweck dient der nationale Qualifikationsrahmen, den der Bundesrat letzte Woche beschlossen hat. Dank allgemein verständlichen Angaben zum jeweiligen Berufsbildungsabschluss sollen sich die Chancen für Absolventen verbessern, auch im Ausland einen Job zu erhalten. Die Branchen werden nun die Berufe einstufen. Nach einer externen Überprüfung entscheidet das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation abschliessend über die Einstufung in der achtstufigen, international anerkannten Anforderungsskala.

> «Bachelor und Master gehören zur allgemein bildenden Seite und Berufstitel zur praktischen Seite. Man muss diese Begriffe auseinanderhalten.»

Warum boten Sie nicht Hand zu den Titeln Professional Bachelor und Professional Master, wie sie Berufsbildner fordern?

Der Bundesrat ist der Meinung, dass Bachelor und Master zur allgemein bildenden Seite gehören und Berufstitel zur praktischen Seite. Man muss diese Begriffe auseinanderhalten.

Warum ist das so wichtig?

Hinter einem Titel versteckt sich eine konkrete Befähigung. Wenn ich mich an meine Unternehmenszeiten zurückerinnere, so unterschieden wir zwei Gruppen: jene, die an der Innovationsbasis für das Unternehmen von morgen mitwirken. Das sind Hochschulabgänger. Und dann Praktiker, die dafür sorgen, dass die Firma heute wettbewerbsfähig ist und ihre künftigen Ziele überhaupt anpeilen kann.

Die einen denken, die anderen arbeiten. Das tönt hierarchisch.

Da halte ich ganz bewusst dagegen. Solche Wertungen sind falsch. Es braucht beides. Doch warten wir erst einmal die parlamentarische Beratung ab und schauen, was herauskommt. Anzumerken ist noch: Länder wie Frankreich, die Niederlande, Luxemburg und Dänemark, die einen Professional Bachelor kennen, bezeichnen damit Abschlüsse der Tertiärstufe A, das entspricht in der Schweiz Fachhochschulabschlüssen, also nicht jenen der höheren Berufsbildung.

An den Swiss Skills Mitte September werden junge Menschen um Titel ringen. Vielleicht haben sie dereinst weniger Möglichkeiten, falls die Personenfreizügigkeit wegfallen würde. Was sagen Sie ihnen?

Rahmenbedingungen wie die Zukunft der Personenfreizügigkeit nach der Masseneinwanderungsinitiative sind zwar wichtig, ändern aber nichts an der Notwendigkeit einer Grundausbildung. Wer einen Beruf lernt, kann gar nicht falsch liegen. Darum finde ich auch den Esprit der Swiss Skills so gut: Man stellt sich dem Wettbewerb, nimmt ihn sportlich.

Sollen junge Menschen bei der Berufswahl überhaupt auf solche Rahmenbedingungen achten?

Den Jungen sage ich: Wichtig ist, dass ihr einsteigt. Selbst wenn es nicht die Traumlehrstelle ist. Der Berufsweg lässt sich später immer korrigieren. Was ich nicht akzeptiere, ist, wenn jemand davor zurückscheut, Energie in seine Ausbildung zu stecken. Den Eltern sage ich: Lasst das Vergleichen, und macht keine Prestigeangelegenheit daraus. Eure Jugendlichen sollen machen, was zu ihnen passt.

Finden Sie ob all der Themen überhaupt Zeit, an die Wahlen in einem Jahr zu denken?

Nein.

Trotzdem: Wir sprachen über Herausforderungen, welche die SVP Ihnen beschert. Ist da noch denkbar, dass FDP und SVP gemeinsam in die Wahlen steigen?

Das müssen Sie die Parteipräsidenten fragen. Mir ist wichtig, dass dieses Land in einer gewissen Offenheit mit einer sauberen Rollenverteilung zwischen Staat und Wirtschaft vorangeht. Je mehr Freiraum besteht, desto mehr Verantwortung bedeutet dies für den Einzelnen. Darum prangerte ich die Abzockerei immer wieder an. Wenn sich Unternehmensspitzen alles erlauben, sucht das Volk beim Gesetz Zuflucht. Dieses wiederum beschneidet die Unternehmensfreiheit und damit die Wettbewerbsfähigkeit, was letztlich Arbeitsplätze gefährdet.

Ihnen gehts um Sachpolitik, bei Wahlen wird aber um Wähleranteile gekämpft. Hat die FDP noch Anrecht auf zwei Sitze im Bundesrat?

Die Schweiz ist gut gefahren mit der seit etwa Mitte des letzten Jahrhunderts bestehenden Konkordanz. Alle bedeutenden Kräfte werden darin an der Regierung beteiligt. Dieses System brachte der Schweiz enorme Stabilität und machte sie handlungsfähig. Ich sehe keinen Grund, daran etwas zu ändern. Das ist alles, was ich dazu sage.

Interview: Christoph Aebischer
Brigitte Walser

JOHANN SCHNEIDER-AMMANN IM GESPRÄCH

Obwohl die Zeiten derzeit schwierig sind, wie Johann Schneider-Ammann beiläufig erwähnt, und sein Terminkalender sicher voll ist, wirkt der Bundesrat gelassen. Er strahlt Ruhe aus. Bei Fragen zu Russland und zur EU bleibt der Volkswirtschafts- und Bildungsminister freundlich, aber vage. **Das ändert sich, als es um die Berufsbildung geht. Sie liegt ihm sichtlich am Herzen.** Dort blüht er auf und gewährt auch persönliche Einblicke. Johann Schneider-Ammann will das der Berufsbildung gewidmete Jahr 2014 nutzen. Das nächste Mal an den ersten gesamtschweizerischen Berufsmeisterschaften in Bern.

Am 17. September nimmt er an der Eröffnungsfeier der Swiss Skills in der Postfinance-Arena teil. Als ehemaliger CEO der Baumaschinenherstellerin Ammann Group in Langenthal, die nun einer seiner Söhne leitet, hat er selber Lehrlinge betreut. Diese Erfahrung schätzt der 63-Jährige nach wie vor. **Wie seine eigene Zukunft aussieht, lässt er offen.** Die Bundesrats-Erneuerungswahlen von 2015, für die er auch schon als Abwahlkandidat ins Gespräch gebracht wurde, lässt er auf sich zukommen: Er erläutert lieber, was ihn als freisinnigen Politiker antreibt, und meint lapidar: «Und irgendwann kommen dann die Wahlen.» *cab*